



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
50 Jahre Grundgesetz (28. Mai 1999)

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Grundgesetzes rekapituliert Bundespräsident Roman Herzog kurz dessen Erfolgsgeschichte und widmet sich anschließend den Herausforderungen, wobei er insbesondere das Prinzip der Freiheit und Eigenverantwortung betont.

Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog zum Staatsakt anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland

Meine Damen und Herren,

um den 50. Geburtstag unseres Staates zu feiern, sind wir im neugestalteten Reichstagsgebäude versammelt, das wie kaum ein anderes Bauwerk die Geschichte der deutschen Demokratie verkörpert. Hier fielen die Entscheidungen über den Ersten Weltkrieg (soweit sie in Deutschland fielen). Hier wurde die erste Republik ausgerufen. Und als 1933 der Reichstag abgebrannt war, spürte jeder, daß damit auch die deutsche Demokratie zerstört war. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Reichstag dann jahrzehntelang Platzhalter für das erhoffte gemeinsame Parlament. Jetzt, nach der Wiedervereinigung und dem Umzug des Bundestages, möge sich von hier aus fortsetzen, wofür dieser Ort steht: Freiheit, Demokratie und Wohlstand für alle. Und wenn wir das schaffen, wird niemand mehr von einer „Berliner Republik“ sprechen, die grundlegend anders wäre als die der ersten 50 Jahre.

Deutschland ist in den letzten 50 Jahren einen langen Weg gegangen: Am Ende des Zweiten Weltkriegs lagen ja nicht nur die Städte in Ruinen. Unser Land war auch moralisch zerstört und von der Welt geächtet. Aber das deutsche Volk, dem dieses Haus gewidmet ist, hat aus der Erfahrung von Unfreiheit, Inhumanität und Diktatur gelernt. Unsere Väter wollten es anders und besser machen, und das ist ihnen gelungen: Heute ist Deutschland eine gefestigte freiheitliche Demokratie, ein wirtschaftlich starker Partner der Welt und ein Land mit großem Wohlstand. Und vor allem: Zum erstenmal in seiner Geschichte lebt es mit allen Nachbarländern in freundschaftlichen Beziehungen und fühlt sich als Triebfeder eines friedlich zusammenwachsenden Europas.

Ich habe nie versucht, vorhandene Defizite schön zu reden. Aber wir dürfen wirklich für uns in Anspruch nehmen, ein tolerantes, weltoffenes und erfolgreiches Land geworden zu sein. Das

sieht man auch von außen so; ich habe es immer wieder selbst erfahren können. Auf vielen meiner Auslandsreisen wurde ich gefragt: Wie können wir an euren Erfahrungen teilnehmen? Wie ist euch der schnelle Wiederaufbau nach 1945 gelungen? Wie habt ihr so rasch ein stabiles und prosperierendes Land geschaffen? Wie habt ihr die Wiedervereinigung bewältigt? Man soll gewiß auch das nicht überschätzen. Aber manchmal relativieren sich die Probleme, die uns im Innern beschäftigen, eben doch, wenn man sie von außen betrachtet.

Niemand konnte von alldem vor fünfzig Jahren, als die Bundesrepublik als Weststaat gegründet wurde, auch nur träumen – und selbst vor zehn Jahren war es noch nicht selbstverständlich, als die Bürger in der DDR anfangen, sich der sie beherrschenden Diktatur entgegenzustellen. Aber wir haben die Wiedervereinigung dann nicht gegen die Staatengemeinschaft erreicht, sondern mit ihrer Zustimmung und in Freundschaft mit ihr.

Das Grundgesetz, das gestern vor 50 Jahren in Kraft trat, und seine Grundideen – Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Friedlichkeit – hatte am Beginn dieses Prozesses gestanden und war sein entscheidender Motor. Wir haben allen Grund, seinen Geburtstag festlich zu begehen.

Fünfzig Jahre Bundesrepublik Deutschland heißt aber auch: vierzig Jahre davon waren geteilte Vergangenheit. Gewiß: Wir haben in dieser Zeit nie aufgehört, eine Nation zu sein, und sind es selbstverständlich auch heute. Aber wir sind eine Nation mit verschiedenen Erfahrungen und infolgedessen auch mit verschiedenen Wahrnehmungen; denn wir haben uns in diesen vierzig Jahren, allen Sonntagsreden zum Trotz, weiter auseinandergelebt, als wir in der ersten Euphorie der wiedergewonnenen Einheit hofften. Das ist bitter, aber wir dürfen es nicht verdrängen und auch nicht überspielen. Wir müssen uns damit immer wieder aufs neue auseinandersetzen. Das gelingt aber nur, wenn die Bürger in Ost und West fair genug sind, die Erinnerungen und Biographien aus der geteilten Vergangenheit verstehen zu wollen und gegenseitig zu respektieren.

Ich habe dieses gemeinsame Gespräch mit Ost- und Westdeutschen immer wieder gesucht, und ich rechne die Erfahrungen, die ich dabei gemacht habe, zu den bewegendsten meiner Amtszeit.

Die wichtigste Erfahrung aber war für mich immer, wie der Weg zum gegenseitigen Verständnis erst durch rückhaltlose Offenheit und Wahrhaftigkeit geöffnet wurde, auf beiden Seiten. Verschleiernde Schlagworte, gleich ob sie gut oder böse gemeint sind, bringen da gar nichts. Ich wollte, das hätten alle begriffen. Wiederum auf beiden Seiten.

Zur heutigen Gestalt Deutschlands haben viele beigetragen. Ich will hier nur ganz wenig nennen: den Willen Konrad Adenauers, die alte Bundesrepublik fest in der westlichen Gemeinschaft zu verankern, die Bereitschaft Kurt Schumachers, diesen Weg aus der Opposition heraus konstruktiv zu begleiten, den Brückenschlag nach Osten durch Willy Brandt und die Vollendung der staatlichen Einheit durch Helmut Kohl. Ich erinnere an die Integration von Millionen Vertriebenen, den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft aus den Trümmern des

Krieges. Ich erinnere an die historische Aussöhnung mit Israel. Ich erinnere an die ungezählten Ostdeutschen, die sich unter einem immer fragwürdiger werdenden System ihre Unabhängigkeit erhalten haben, und an die Bürgerrechtler, deren Freiheitswille dieses System schließlich ins Wanken brachte.

Aber auch die Demokratisierung unserer Gesellschaft gehört zu den großen, das Gesicht unseres Landes bestimmenden Leistungen. Und dabei ging es nicht nur um das Wirken von Politikern. Das Selbstgefühl unserer Gesellschaft ist auch mit vielen anderen Namen verknüpft; aus dem Journalismus ebenso wie aus dem Geistesleben, der Kunst und der Publizistik. Eine Gesellschaft lebt niemals nur aus Staat und Politik. Die großen Entwicklungen führt sie selbst, als Ganzes, herbei. Wir haben auch das erlebt, in Ost und West und oft in heftigen Auseinandersetzungen. Aber es hat uns gut getan.

Vor der Gründung der Bundesrepublik standen, wie schon gesagt, bittere Erfahrungen: Erfahrungen des Krieges, des Holocaust, der Verachtung von Menschenwürde und Menschenfreiheit. Wir hatten in den schlimmsten Abgrund unserer Geschichte geblickt und diese Erlebnisse waren tief in das Denken der Gründergeneration eingebrannt. Aber die Zeiten ändern sich. Immer weniger Menschen kennen die Zeit des Krieges und gar die Zeit vor dem Krieg noch aus eigener Erfahrung, die Architekten des Wiederaufbaus treten ab. Und der Generationswechsel läßt nicht nur die Zeitzeugen des Holocaust allmählich verstummen. Es verblassen auch die Erfahrungen von Verfolgung und Massenmord, von Kriegen und Vertreibungen, von durchlittenen Bombennächten, von Sprech- und Denkverboten. Auch diese Erfahrungen haben das Denken einer ganzen Generation stärker geprägt, als es die Fernsehbilder von heute je können werden. Also müssen sie so gut wie möglich an die kommenden Generationen weitergegeben werden. Das ist unsere Pflicht vor der Geschichte.

Ich weiß, wie schwer das ist: Mit den Generationen verändern sich Wahrnehmungen und Erinnerungen. Schon die zehn Jahre seit dem Mauerfall sind im Leben eines heute 30jährigen eine unendlich lange Zeit, und erst recht haben die Jahrzehnte seit den Anfängen der Bundesrepublik vieles im kollektiven Bewußtsein der Nation verändert: Aus erlebter Vergangenheit beginnt Geschichte zu werden. Die Nachfolgegeneration hat längst politische Verantwortung übernommen, und schon steht eine ganz junge Generation in den Startlöchern, mit wieder ganz anderen Lebensentwürfen, einer anderen Diskussionskultur, mit völlig neuen Fragen und anderen Antworten. Das ist der Natur des Menschen gemäß, und niemand von uns Älteren sollte sich darüber entrüsten. Aber das müssen wir einfordern: daß unsere Erfahrungen, und nicht zuletzt die aus Irrtümern und Fehlern gewonnenen Erfahrungen, von den nach uns Kommenden zur Kenntnis genommen werden. Sie können sich damit unter Umständen vieles ersparen. Und das ist eine Aufgabe, von der niemand Dispens hat: weder Eltern noch Lehrer, weder Schulbuchautoren noch Journalisten, weder Politiker noch Kirchen. Nur so entsteht kollektive Erinnerung und ohne die gibt es weder nationale Identität noch nationale Verantwortung.

Heute, wenige Monate vor dem Beginn eines neuen Jahrhunderts, geht es vor allem anderen darum, den Gedanken der Freiheit zu bewahren und das Wissen um ihren Wert weiterzugeben. Freiheit und Demokratie sind nie selbstverständlich. Gerade wer nie selbst die Erfahrung der Unfreiheit gemacht hat, übersieht das leicht; denn mit der Freiheit ist es wie mit der Luft zum Atmen: Man wird sich ihrer erst bewußt, wenn sie einem genommen wird.

Nie war die individuelle Freiheit größer als heute, und die Pluralität der Lebensformen hat uns überdies eine ungemein vielgestaltige Gesellschaft geschaffen. Das ist gut so und liegt ganz in der Konsequenz des Menschenbildes, von dem das Grundgesetz ausgeht. Wenn es uns nun noch gelingt, in dieser Vielfalt auch die Gemeinsamkeiten zu erkennen, die uns nicht weniger bestimmen, und auch diese Gemeinsamkeiten zu stärken, dann – und nur dann – wird das tolerante Nebeneinander zu einem Miteinander, aus dem wir auch die Zukunft bestehen können.

Unser Staat ist zuallererst ein freiheitlicher Rechtsstaat, der die Rechte und Würde seiner Bürger gewährt und sichert. Als die Mitglieder des Parlamentarischen Rates den Artikel 1 des Grundgesetzes formulierten („Die Würde des Menschen ist unantastbar“), hatten sie keine unverbindliche Feiertags-Losung im Sinn. Sie wollten zunächst die radikale Absage an jeden Totalitarismus und an jede Staatsüberhöhung. Sie wollten einen dienenden Staat, der für die Menschen da ist – und nicht die Menschen für ihn.

Dahinter steht freilich auch eine Erwartung an den Einzelnen: die Erwartung, daß er seine Freiheit zur Gestaltung nutzt – für das eigene Schicksal und für die Gemeinschaft.

Das ist eine unverzichtbare Bedingung der Freiheit, denn es gibt keine nur individuelle Freiheit. Frei können wir nur gemeinsam sein. Freiheit funktioniert nicht, wenn der Einzelne immer nur Rechte für sich in Anspruch nimmt und immer mehr Verantwortung den anderen aufbürdet, ob nun dem „Staat“ oder einer anonymen „Gesellschaft“. Ohne den Einsatz des Einzelnen für die Gemeinschaft ist auf die Dauer jedes Gemeinwesen überfordert.

Und Freiheit ist mehr als nur inhaltsleere Abwesenheit von Zwang. Wir haben uns immer wieder zu fragen, wozu wir sie nutzen, welchen Inhalt und Sinn wir ihr geben wollen. Sie braucht Verstand und Phantasie.

Und: Freiheit braucht auch das Wissen um Tradition, um Werte und Ideale. Sie sind die wichtigste Voraussetzung für eine fundierte Kritik an der jeweils gegenwärtigen Wirklichkeit und für ein Denken in Alternativen.

Und der richtige verantwortungsvolle Umgang mit der Freiheit kommt nicht von selbst. Auch hier liegt ein zentraler Erziehungs- und Vermittlungsauftrag für alle: für die Elternhäuser, die Schulen, die Institutionen – und auch für die Medien.

Mit Reden und Dozieren ist es dabei nicht getan. Auch die Demokratie muß, wenn ihr Wert vermittelt werden soll, spürbar sein, ja wieder stärker spürbar werden. Ich kann mir durchaus

mehr direkten Einfluß der Bürger vorstellen, etwa das Kumulieren und Panaschieren der Wählerstimmen auch bei Bundes- und Landtagswahlen, die Ausweitung der Direktwahl von Bürgermeistern, die Verstärkung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, zumindest auf kommunaler Ebene. Gerade auf der Ebene der Nachbarschaften ist der Bürger ja in besonderem Maße zur Übernahme von Verantwortung bereit. Dort können sogar „Frühwarnsysteme“ für gesellschaftliche Entwicklungen entstehen, die ein nur auf die Stimmen von Verbänden hörender Staat leicht übersieht.

Der Staat muß sich dem Bürger als „Beteiligungsstaat“ präsentieren. Dann hat er es auch nicht mehr nötig, sich durch die – am Ende doch nicht haltbaren – Versprechen eines perfekten „Versorgungsstaates“ Zustimmung zu erkaufen. Warum setzen wir uns nicht einmal hin und versuchen gemeinsam, Modelle und Lösungen zu entwerfen, die sowohl den Bedürfnissen des Staates als auch denen der Bürger und der kleineren Einheiten gerecht werden? Und das – ein einziges Mal – ohne die Totschlagargumente beider Seiten, die wir so satt haben?

Und ganz abgesehen davon: Es gibt auch Bereiche, in denen wir überhaupt keine kollektive Ausgestaltung brauchen, wo der menschliche Geist ganz allein auf sich gestellt ist und doch dem Ganzen dient. Kreativität, künstlerische Arbeit und Kultur gehören zu den wesentlichsten Elementen einer lebendigen Gesellschaft. In Wissenschaft, Kunst und Kreativität erprobt die Freiheit sich selbst, und hier entdeckt sie neue Möglichkeiten des Sehens und des Selbstverständnisses von Individuum und Gemeinschaft.

Zur Freiheit gehört es schließlich, die Folgen des eigenen Handelns auch selbst zu verantworten. Verantwortung ist die unausweichliche Konsequenz der Freiheit. Das scheint heute nicht immer ganz klar zu sein. Immer mehr neigen wir dazu, die unangenehmen Folgen unseres Tuns zu sozialisieren, über die nützlichen aber privat zu verfügen. Das muß ein Ende haben. Wenn alle glauben, daß „der Ehrliche immer der Dumme“ sei, braucht sich niemand über die Folgen zu wundern.

Wir sollten es überhaupt wieder mehr zur Kenntnis nehmen: Die Zustimmung der Bürger zu unserem freiheitlichen Gesellschaftssystem ist keine Selbstverständlichkeit, gerade nicht in einer Zeit, in der dieses aufhört, immer neue Wohltaten zu produzieren. Die Zustimmung zu Freiheit und Demokratie hängt auch mit dem Grundgefühl der Bürger zusammen, ob es ihnen „gut geht“ und ob sie „gerecht“ behandelt werden, und dieses ist wiederum eng mit dem Vertrauen verknüpft, das man den politischen Institutionen entgegenbringt.

[. . .]

Demokratie und Freiheit stehen heute vor zwei großen Herausforderungen: Wie können wir in einer sich globalisierenden Wirtschaft auch künftig Wohlstand schaffen, und wie wahren wir dabei das Ziel der Gerechtigkeit, soweit sie sich unter Menschen überhaupt herstellen läßt? Demokratie und Grundgesetz haben sich in Deutschland nicht zuletzt deshalb Anerkennung

erworben, weil mit ihnen Wohlstand kam. Die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik war deshalb auch eine Erfolgsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft.

[...]

Quelle: Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des 50. Jahrestages des Grundgesetzes, *Bulletin* [Presse- und Informationsamt der Bundesregierung], Nr. 32, 28. Mai 1999.